

Parlamentarisches Frühstück der Erziehungshilfefachverbände am 18.04.2013 - Jugendliche und junge Erwachsene in den Blick rücken!

Vor dem Hintergrund des 14. Kinder- und Jugendberichtes und des Monitors Hilfen zur Erziehung diskutierten am 18. April 2013 VertreterInnen der Erziehungshilfefachverbände (AFET, BVkE, EREV und IGfH) mit ParlamentarierInnen beim alljährlichen Treffen in Berlin die Lage junger Menschen in der Gesellschaft und insbesondere in den Erziehungshilfen. Es ist auch dringend geboten, Jugendliche und junge Volljährige wieder stärker in den Fokus der Erziehungshilfe und der Politik zu rücken. Diese Einschätzung des Kinder- und Jugendberichtes wurde von den Anwesenden einhellig geteilt, weil ansonsten die Versäumnisse langfristig zu erheblichen Folgeproblemen führen. Man habe die Jugend aus dem Auge verloren, da die Frühen Hilfen die Debatte der letzten Jahre dominierten, so das Credo der Anwesenden.

Das wurde mehr als deutlich, als die IGfH (Martina Kriener und Norbert Struck) stellvertretend das Parlamentarische Frühstück der Fachverbände der Erziehungshilfen thematisch eröffnete. Die Gesellschaft gestehe den eigenen Kindern einen langen Übergang ins Erwachsenenleben zu. Diejenigen jedoch, die Unterstützung der Erziehungshilfe benötigen, sollen hingegen bereits mit 18 Jahren „erwachsen“ sein. Die Eurostat-Zahlen zum Auszugsalter aus dem elterlichen Haushalt im Bevölkerungsdurchschnitt zeigen hingegen durchschnittliche Verweildauer der Hälfte aller Kindern im Elternhaus bis zum Alter von 24 Jahren (Frauen) und 25 Jahren (Männern). Dieser eklatante Widerspruch veranlasste die Vorsitzende des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und Schirmherrin des Parlamentarischen Frühstücks zu dem Satz: „Viele junge Erwachsene sind nicht wirklich erwachsen“ (Frau Laurischk, FDP). Daher dürfen längerfristige Hilfen nicht aus fiskalischen Gründen verwehrt werden.

Ein Ansatz aus Norwegen, vorgestellt von der IGfH, stieß auf besonderes Interesse und fand bei den Parlamentariern der SPD und der Linken große Unterstützung. In Norwegen werden erzieherische Hilfen grundsätzlich bis zum 23. Lebensjahr gewährt. Die Hilfen können vorzeitig nur im Einvernehmen und auf Wunsch des jungen Erwachsenen beendet werden. Damit kann jungen Erwachsenen mit besonderem Unterstützungsbedarf länger geholfen werden den schwierigen Übergang zu bewältigen. Ein ähnliches Modell für die Care Leavers (diejenigen, die die stationäre Einrichtungen und Angebote der Erziehungshilfe verlassen) sei auch in Deutschland sinnvoll. Für Care Leavers müsse es eine besonders hohe Aufmerksamkeit geben. Zudem müsse eine Rückkehroption in die Hilfen zur Erziehung nach „Fehlentscheidungen“ seitens der jungen Menschen möglich sein. Die aktuelle Situation, dass bereits 15/16jährige auf die „Entlassung“ aus den erzieherischen Hilfen vorbereitet werden und jungen Menschen ab 17 Jahren kaum noch Hilfen gewährt werden, sei (auch unter fiskalischen Gesichtspunkten) kontraproduktiv. „Hilfen können sich nicht amortisieren, wenn sie zu früh abgebrochen werden“, so die VertreterInnen der IGfH. Das Care-Leaver-Projekt der Uni Hildesheim und der IGfH nimmt jetzt das Ausland mit in den Blick, vgl. auf den Seiten der IGfH/Projekte/Care Leaver.

Die sozialpolitische Rahmung für diese Entwicklungen kennzeichneten Björn Johansson, Carola Hahne und Björn Hagen (EREV), die darstellten, dass jeder dritte Mensch aus einem Elternhaus kommt, das entweder von Armut bedroht ist, in dem die Eltern keine Erwerbstätigkeit nachgehen oder keine ausreichenden Schulabschlüsse vorweisen. Zwischen 1990 und 2010 sei das Armutsrisiko der elf bis 20 -Jährigen von 15 auf über 18 Prozent gestiegen. Das sind fünf Prozentpunkte mehr als in der Gesamtbevölkerung. Im Osten der Republik sind 29,6 Prozent der elf bis 20-Jährigen armutsgefährdet. Bei Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund sind hiervon 25,7 Prozent betroffen, gegenüber 15,2 Prozent der Jugendlichen ohne diese Herkunftsbio-graphie. Daher formulierte Björn Hagen (EREV), dass insbesondere Kindern, Jugendli-

chen und Familien aus diesen Lebenslagen durch die Erziehungshilfe geholfen werden müsse, denn auch die Erziehungshilfe erreiche sie noch zu wenig.

Weiterhin sei es wichtig, so die Ausführungen von VertreterInnen des BVkE, die Übergänge in Ausbildung oder Beruf im Blick zu behalten. Viele junge Menschen haben Schwierigkeiten, die Hürden im Übergang zu überwinden. Diejenigen, denen dieser Schritt nicht gelingt und die sich an die Jobcenter wenden müssen, sind mit einer scharfen Sanktionspraxis konfrontiert. Die Sanktionspraxis sei kontraproduktiv und verschärfe bereits bestehende Probleme, führte Herr Scholten (BVkE) aus und fand damit bei Frau Marks und Frau Rupprecht (beide SPD) und Herr Jörn Wunderlich (Linke) in Redebeiträgen Unterstützung. Zustimmunges Kopfnicken gab es auch von den meisten anderen Anwesenden. „In keinem Alter sind wir so gnadenlos wie bei Jugendlichen“ (Marlene Rupprecht). Die Gefahr, einer zunehmende Radikalisierung von ausgegrenzten jungen Menschen (etwa in politisch rechtsextremen Gruppierungen) wurde als zusätzliches Problem gesehen.

Insgesamt wurde die Dominanz von Wirtschafts,- Finanz,- und Arbeitsmarktpolitik gegenüber der Kinder- und Jugendhilfepolitik mehrfach beklagt. Rainer Kröger (AFET) als Moderator stimmte dem zu, verwies aber auch auf die großen Erfolge, die die Kinder- und Jugendhilfe in den letzten Jahren erlangt habe. Dieses müsse auch immer wieder deutlich gemacht werden und daran gelte es weiter zu arbeiten.

Ausblick

Frau Sibylle Laurischk, Vorsitzende des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und Schirmherrin des Parlamentarischen Frühstücks, bescheinigte den anwesenden VertreterInnen der Erziehungshilfefachverbände eine sehr hohe Kompetenz und bedauerte gleichzeitig, dass diese Kompetenz bei vielen ParlamentarierInnen nicht zur Geltung komme. Die Resonanz bei Themen der Kinder- und Jugendhilfe und auch beim parlamentarischen Frühstück sei noch unzureichend, über eine Erweiterung des eingeladenen ParlamentarierInnenkreises sei daher nachzudenken, um die berechtigten Anliegen mehr Parlamentariern zugänglich zu machen. Sie kritisierte, dass Finanzpolitik die fachlichen Argumente dominiere und dass das Ressortdenken noch zu ausgeprägt sei, mit der Folge, dass etwa Arbeitsmarkt,- und SozialpolitikerInnen nicht anwesend seien. Frau Rupprecht von der SPD formulierte es zugespitzt: „Aufgabe der Verbände sei es, möglichst viele Abgeordnete zu alphabetisieren“.

Herr Kröger, vom AFET beendete den Austausch, verbunden mit einem Dank an alle Beteiligten und verwies darauf, dass nur steter Tropfen den Stein höhle und man deshalb weiter beharrlich die Fachargumente im Interesse der Kinder und Jugendlichen vertreten werden müsse.

Eine Fortsetzung der jährlichen Gespräche mit Parlamentariern in der nächsten Legislaturperiode ist auch aus diesem Grund sicher zu erwarten.